

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1848

23 (19.3.1848)



Karlsruher Beobachter.

Nr. 23.

Sonntag den 19. März

1848.

* An Karlsruhe's Frauen und Jungfrauen!

Heute ist der Tag, an dem in unsrer Schwesterstadt Offenburg eure Brüder, Badens Männer, sich versammeln, um in dem großen Augenblicke sich Aug' in Auge zu besprechen über das Wohl unseres deutschen Vaterlandes! Aus Nord und Süd, vom See und von der Tauber, strömen begeisterte Schaaren, gewählt durch das Vertrauen ihrer Mitbürger, oder freiwillig sich diesen anschließend, hin zur Stadt an der Kinzig, und auch aus eurer Mitte, von euern Vätern und Brüdern, die Männer eurer Liebe, auch sie wollen nicht fehlen an diesem festlichen Tage! Es gilt, sich zu stärken in der gemeinsamen Liebe zum neuerstehenden Vaterlande, sich die Bruderhand zu drücken zum heiligen Kampfe für die Bewahrung und Entwicklung der neu errungenen höchsten Güter, gegen jeden Feind, er komme von Außen oder aus dem eigenen Innern! Es gilt, die Geister, die durch das plötzlich aufstrahlende Licht der heiligen Freiheitssonne berauscht, — die keimende Saat der deutschen Einheit, Größe und Kraft zu gefährden drohen, — durch die Waffe der Vernunft, des brüderlichen Wortes und die Hinweisung auf den Stundenzeiger deutscher Geschichte für das, was uns vor Allem noth thut, zu gewinnen, Getrenntes zu vereinigen, sich trennen Wollendes zusammen zu halten! Darum ziehen wir hin zur Schwesterstadt, und glaubet uns und vertrauet, Deutschlands Genius wird mit uns sein! Wir rufen euch dieses zu als ein Wort der Beruhigung, in eure vielleicht bangenden Gemüther, — als unsre innerste Ueberzeugung! Jaget nicht, fürchtet nichts! Derselbe Geist, der im stillen Friedenshauche durch die Länder geht, derselbe ist es, der wie Meereswogen- und Hochwaldsturm die Völker durchbraust! Auf ihn vertrauet, es ist der ewige Geist der unter Stürmen reisenden Menschheit!

Ein Wort an die Arbeiter.

Die Bossische Zeitung vom 7. März sagt: „Laßt euch nicht täuschen! Dieß Wort der Warnung wollen wir in dieser Zeit großer Bewegungen, schwerer Ereignisse, an unsre wackeren Arbeiter und Handwerker richten. Euer Beruf ist oft ein schwerer; das Leben stellt Euch keine leichte Aufgabe; aber noch viel schwerer ist die Aufgabe zu lösen, allen Uebeln zu wehren, die Euch bedrängen. Laßt Euch nicht täuschen! Versprechungen geben ist leicht, sie halten schwer, oft unmöglich. Was in der Stunde der Aufregung, unter dem Einfluß vielleicht der Begeisterung für ein edles Ziel, mehr aber noch unter dem der Furcht vor augenblicklicher, leidenschaftlicher Gewalt am Strande der Seine dem Arbeiter versprochen wird: das wird ihm niemand halten können. Alle Mittel und Wege dazu sind bis jetzt nur Theorien, noch keine hat die Prüfung der Ausführung bestanden. Ja, die Unhaltbarkeit der meisten springt so klar in's Auge, daß nur die verblendete Leidenschaft sie übersehen; die Mittel der Abhülfe, die man darbietet, werden vielmehr, wenn sie auch für den Augenblick den Schein der Wohlthat haben, doch bald das Uebel nur maßlos vergrößern. Darum: „Laßt Euch nicht täuschen!“ Goldene Berge verspricht die neue Ordnung der Dinge dem Arbeiter in Paris! Sie wirft ihm im ersten Augenblicke eine große Summe zu, die aber, auf die Menge der Bedürftigen vertheilt, doch zu einer ganz unbedeutenden wird. Dennoch bleibt sie eine so große für den Arbeiter, daß er sie nicht öfter erschwingen kann. Um Arbeit zu geben, muß das Bedürfnis dazu vorhanden sein; künstlich geschaffene stillt die Noth einen Tag, und vermehrt sie auf Jahre! Die erste Bedingung zur einträglichen Arbeit sind Ordnung, Ruhe, Friede! Wie hoch die Arbeit bezahlt werden kann, das hängt nicht von der Willkür ab. Ihr Alle seht es ein: müssen die Gegenstände mit größeren Kosten hergestellt werden, so müssen sie auch theurer sein, und finden weniger Käufer. Die Mittel durch künstliche, erzwungene Ankäufe dem Uebel zu steuern sind schnell erschöpft, und dann ist die Noth verdoppelt. Darum: „Laßt Euch nicht täuschen!“ Haben die Männer der Umwälzung in Paris das Geheimniß gefunden, das Glück der Arbeiter plötzlich durch einen Zauberschlag zu begründen, dann wollten wir es ihnen auf's schleunigste nachmachen. Aber vorher wartet das Ergebnis ab! Es ist ein Glück für uns daß sie, nicht wir den gefährlichen Versuch machen! Darum: „Laßt Euch nicht täuschen!“ Auch dort gesteht man sich's schon ein, daß man versprochen hat, was man nicht halten kann, daß man den rechten Weg zum Ziel nicht wisse. Deshalb bietet man dem Arbeiter den Dienst in der beweglichen Nationalgarde an, das heißt in der, die nicht in Paris bleiben, sondern ausmarschiren soll. Dafür gibt man ihm 12 Sgr. Löhnung, und er muß, statt freudig in seinem Gewerke zu schaffen, ausdrücken, Weib und Kind

verlassen, um die Gränzen zu bewachen, die seiner Bewachung nicht bedürften, wenn die Ruhe nicht so gewaltsam gestört wäre. Und nun hört die Zeitungen! Jede ist anderer Meinung, wie das Glück des Arbeiters geschaffen werden soll. Alle Vorschläge sollen erst versucht werden! Die praktischen, tüchtigen Engländer, die wahrlich mit dem Loos des Arbeiters bekannt sind, die seit Jahren alles thun, um es zu verbessern oder um der Noth vorzubeugen, die durch die Zeitumstände, welche nur Gott lenkt, dennoch zuweilen eintritt und nie ganz abzuwehren ist; die Engländer sagen den Franzosen: Was Ihr jetzt thut ist thöricht! Ihr heilt das Uebel für heute, damit es morgen dreimal stärker ausbricht. Die Noth, das Unglück schiebt Gott! Er schiebt sie nicht dem Arbeiter allein, er schiebt sie uns allen. Und niemals haben die andern Stände sich mehr damit beschäftigt dem Arbeiter seinen Beruf zu erleichtern, als jetzt. Darum nochmals: „Laßt Euch nicht täuschen! Was Ihr wünscht ist am wenigsten zu erreichen durch den Schwindel der Aufregung, der die Massen ergreift. Er tobt wie ein Strom, der durch den Damm bricht und die Felder verwüthet, die er nähren soll, die Felder, wo Nahrung auch für Euch wächst, wenn sie Euch auch nicht zugehören. Was Sonnenschein und befruchtender Regen für die Ernte des Feldes, das ist Ordnung und Frieden für die Ernte der Arbeit. Der Aufstand aber ist Hagelschlag! Darum, und immer wieder: „Laßt Euch nicht täuschen!“

Aus der Zeit.

— Karlsruhe, 14. März. [38. Sitzung der zweiten Kammer.] Der Abg. Rapp dringt auf Vorlage des Gesetzes über Volksbewaffnung. Ministerrathe Fröhlich erklärt, dieselbe werde noch in dieser Woche erfolgen. Der Abg. Helbing beantragt zollfreie Einfuhr der durch die Gemeinden im Auslande angekauften Waffen, worauf der Kammerpräsident bemerkt, daß die Regierung Gelegenheit gefunden, im Zollvereinsgebiete 60,000 Gewehre anzukaufen, welche baldigt ankommen und abgegeben werden sollen. Der Abg. Christ unterstützt Helbing's Antrag und macht jene Gemeinden, welche jetzt schon für sich Waffen anzuschaffen gedenken, darauf aufmerksam, daß sie auf ein gleiches Kaliber Rücksicht nehmen möchten, damit Einheit in das Ganze komme. Helbing's Antrag wird angenommen. Der Abg. Rapp rügt das Benehmen jener Beamten, welche in dem gegenwärtigen wichtigen Zeitpunkt ihre Posten verlassen haben. Der Abg. Hecker wünscht die Personen kennen zu lernen, welche im Obenwalde mehrere Abgeordnete zu verdächtigen bemüht sein sollen. Der Abg. Welcker glaubt, man sollte auf derartige Klatschereien gar keine Rücksicht nehmen, und zwar so wenig, als wie auf jene, wonach der Pabst als intellektueller Urheber der ganzen Bewegung der Neuzeit bezeichnet wird. Der Abg. Zentner beruft sich auf ein Schreiben, wonach in einem großen Theile des Seekreises die Meinung verbreitet sein sollte, als wäre es der Regierung mit ihren Zusicherungen nicht Ernst. Er sei vom Gegentheil vollkommen überzeugt, wünsche aber, daß die Regierung ihr Wort schnellmöglichst durch die That löse. Hierauf erstattet der Abg. Hägelin über fünfzehn Petitionen Namens der Petitionskommission Bericht, wodurch, wie durch die diekfälligen Debatten die noch übrige Sitzungszeit in Anspruch genommen wurde. Sie betrafen insgesammt Staats- oder Bivinalstraßen, welche erstere verbessert und welche letztere in den Staatsstraßenverband aufgenommen werden sollen. Die von der Kammer angenommenen Kommissionsanträge lauteten theils auf empfehlende Ueberweisung

an das Großh. Staatsministerium, theils auf Ueberweisung zur Kenntnißnahme.

— 16. März. [39. Sitzung der zweiten Kammer.] Der Präsident zeigt an, daß die erste Kammer der an sie gelangten Adresse, wornach der Regierung die behufs der Vollzähligmachung des Militärs geforderten Summen bewilligt werden, beigetreten sei. Unter einer Menge von Petitionen, befanden sich mehrere um Amnestirung der wegen politischer Vergehen Verurtheilten. Der Abg. Brentano stellt den Antrag, die Sitzung auf kurze Zeit aufzuheben um darüber der Petitionskommission, deren Mitglied er sei, sogleich Bericht zu erstatten und sofort die gefaßten Beschlüsse in die Kammer zu bringen. — Staatsrath Belf eröffnet der Kammer, daß, nach ihren früheren Wünschen, das Militär auf die Verfassung beeidigt worden, und legt zugleich einen Gesetzesentwurf vor, wornach künftighin die Ortsbürger bei der Abnahme des Huldigungseides, das Militär bei Abschwörung des Fahneidees und die Staatsdiener bei Leistung des Huldigungseides ebenfalls noch auf die Verfassung beeidigt werden sollen. Ebenso übergibt derselbe einen weiteren Gesetzesentwurf, welcher allen Staatsbürgern ohne Unterschied ihrer Konfession gleiche politische Rechte zusichert und sonach die diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen der Verfassungsurkunde aufhebt. Was die gemeindebürgerlichen Rechte der Israeliten betreffe, so werde solche ein später vorzulegendes Gesetz regeln. Zugleich wird die Vorlage des Gesetzesentwurfs über eine allgemeine Volksbewaffnung auf künftigen Samstag zugesichert. Die Sitzung wird auf kurze Zeit geschlossen und sofort nach deren Wiedereröffnung vom Abg. Brentano der oben erwähnte Bericht erstattet. Die während der Debatten noch theilweise geänderten und von der Kammer einstimmig angenommenen Anträge gehen im Wesentlichen dahin: die Regierung zu bitten, Sr. K. H. dem Großherzog zur Begnadigung zu empfehlen alle diejenigen, welche wegen politischer Verbrechen und Vergehen bereits verurtheilt sind, sofern letztere nicht dem §. 588 des neuen Strafgesetzbuches, welcher von Verurufung einer fremden Macht handelt, oder dem gesetzlichen Begriffe eines Landesverrathes unterstehen und auch nicht den Charakter eines gemeinen Verbrechens an sich tragen. Ferner darauf anzutragen, daß die gesetzlich erforderliche und bereits ertheilte Ermächtigung zur Einleitung von Untersuchungen wegen Majestätsbeleidigungen oder Preßvergehen, sofern diese vor dem heutigen Tage bezangen worden, wieder zurückgenommen werden möge, sowie daß die wegen politischer Vergehen oder Verbrechen bereits eingeleiteten gerichtlichen Untersuchungen niedergeschlagen werden. Endlich die jener Verbrechen oder Vergehen wegen erkannte Untersuchungshaft aufzuheben. Geheimrer Referendar Junghanns bemerkt, daß schon vor einiger Zeit dem Justizministerium der Antrag zugegangen, daß ein Verzeichnis aller Jenen, welche wegen politischer Vergehen oder Verbrechen sich in den Strafanstalten oder im Untersuchungsverhaft befinden, und welches vielleicht nur zwei bis drei Individuen seien, vorgelegt werden sollte, was zur Genüge beweise, daß Sr. K. H. der Großherzog, der stets bereit sei zu begnadigen, auch hier wieder Gnade üben werde.

— Billingen, 15. März. Die gestrige Volksversammlung lief ruhig ab, nicht ein Exzeß fiel vor, obwohl sich etwa dritthalb tausend Teilnehmer eingefunden hatten. Dazu trug die würdevolle Haltung des größeren Theils der Redner bei, unter welchen sich einige Geistlichen und die Abg. Straub und Wathy befanden. Letzterer insbesondere war es, der zwar zur Standhaftigkeit und kräftigen Haltung, aber auch zur Gesellichkeit mit eindringlichen Worten ermahnte und mit Gewandtheit die große Aufgabe unserer Tage beleuchtete. Mancher, dem die Verhältnisse jetzt schon

über den Kopf gewachsen sind, und der sich im fieberhaften Laufe an der Schwelle einer deutschen Republik wähnt, mag bei den Entwicklungen Mathys seine Rechnung nicht gefunden haben, wohl aber der große gesunde Kern des Volkes. (S. M.)

— Stuttgart. Aus dem württembergischen Gesetzentwurf über Volksbewaffnung heben wir aus: Art. 17. Zum Dienst in den Bürgerwachen verpflichtet sind im Allgemeinen alle diejenigen volljährigen, in dem Gemeindebezirk wohnhaften Staatsbürger bis zu erfülltem 50. Lebensjahre, welche selbstständig auf eigene Rechnung leben und im Stande sind, den mit diesem Dienste verbundenen Aufwand ohne erheblichen Nachtheil für ihre ökonomischen Verhältnisse aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Unselbstständige Söhne solcher Staatsbürger vom erfüllten 20. Lebensjahre an dürfen die Stelle der Väter vertreten. Wenn die Entscheidung des Verwaltungsraths über die Frage, ob Jemand nach seinen ökonomischen Verhältnissen zur Theilnahme an der Bürgerwache berufen ist, angefochten wird, so entscheidet endgültig ein von dem Ortsvorsteher zu berufendes Gericht von 13 Geschworenen, welche durch das Loos zur Hälfte aus den Mitgliedern des Gemeinderaths und Bürgerausschusses, zur Hälfte aus den Offizieren und Unteroffizieren der Bürgerwachen genommen werden. Bei Bürgerwachen, welche aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt sind, vertritt derjenige Ortsvorsteher, welcher Vorstand des Verwaltungsraths ist, die Geschworenen. Die Mitglieder der bürgerlichen Kollegien werden aus der Gemeinde genommen, welche der Bethülfige angehört. Art. 18. Ausgeschlossen von dem Dienste in den Bürgerwachen sind: a) Das aktive Militär, einschließlich der nicht streitbaren Mitglieder des Armeekorps, und die Landjäger, mit Ausnahme der Beurlaubten. b) Die angehenden Geistlichen und die Kandidaten der Theologie. c) Diejenigen öffentlichen Beamten und Diener, deren amtliche Wirksamkeit mit dem Dienste der Bürgerwachen unvereinbar ist; die einzelnen Klassen werden im Wege der Verordnung bestimmt. d) Personen, welche dauernd in einem solchen geistigen oder körperlichen Zustand sich befinden, daß sie entweder zum Dienste in der Bürgerwache untauglich sind, oder nicht ohne wesentlichen Nachtheil für die Gesundheit sich demselben unterziehen können. e) Diejenigen, welche des Rechts, Waffen zu tragen, verlustig sind. f) Personen, welche aus den Bürgerwachen ausgestoßen wurden, für die Zeit, auf welche die Ausstoßung erkannt wurde.

— Stuttgart. Der Schwäbische Merkur erklärt sich in Betreff des Einmarsches österreichischer Truppen in die Bundesfestung Ulm für ermächtigt zu versichern, daß es sich nie von dem Einrücken österreichischer Truppen gegen den Willen der Regierung oder in der Absicht einer Demonstration gegen irgend eine Partei im Lande, vielmehr nur um die Frage gehandelt hat, ob von der kais. österreichischen Regierung derjenige Theil der Kriegsbefugung, der von dieser nach den Bundesbestimmungen in Ulm zu geben ist, schon jetzt gestellt werden soll. Nach den neuesten Bundesbeschlüssen jedoch würden die einen Theil der Kriegsbefugung Ulms bildenden österreichischen Truppen vorerst nicht dahin abgehen, vielmehr sei nach amtlicher Nachricht dem Marsche der Truppen Einhalt gethan.

— Aus Bayern. Auch in Ortschaften Oberfrankens haben Unruhen stattgefunden. In Burglundsstadt, Redwitz, Kupf, Langenschart, Schmötz sind in den beiden Nächten vom Sonntag und Montag an den Wohnungen der adelichen Grundbesitzer und der Juden theils Verwüstungen, theils Plünderungen verübt worden. In Burglundsstadt war es eine Kotte von einigen zwanzig Individuen, welche die Wohnungen der Juden verheerten; diese mußten sich auf der Eisenbahn nach Bamberg flüchten. Die Uebelthäter sollen Bürgererlöbne gewesen sein. Eine andere Bande

plünderte und zerstörte die Wohnung des Hrn. v. Redwitz zu Unterlangensstadt (wobei der Besitzer mehrere Wunden erhielt und gleichfalls fliehen mußte) und auf dem Rückwege von da die Häuser der Juden zu Redwitz. Bei mehreren von diesen wurden Geld und Waaren entwendet, einzelne kauften sich mit Geldkontributionen los. Von Nürnberg, Bamberg und Bayreuth wurden ansehnliche Truppenabtheilungen von Infanterie und Kavallerie abgesendet, um die betreffenden Orte militärisch zu besetzen.

— Leipzig, 14. März. So eben trifft hier die amtliche Nachricht ein, daß der König dem Minister v. Könneritz seine Entlassung gegeben hat. Auch die Entlassung sämtlicher übrigen Minister hat S. M. genehmigt; dieselben haben aber ihre Departements noch so lange zu verwalten, bis ihnen Nachfolger im Amte gegeben sein werden.

— Berlin, 14. März. So eben ist das Patent wegen Einberufung des vereinigten Landtags auf den 27. April erschienen.

— Die „Allg. preuß. Ztg.“ zeigt offiziell an, daß auf Antrag Oesterreichs und Preußens am 25. März ein Kongreß der deutschen Bundesfürsten in Dresden zusammentreten werde, um sich über die zum äußern Schutz und zur innern Wohlfahrt Deutschlands erforderlichen Maßregeln zu berathen. — Der Magistrat Berlins mahnt heute in einer Proklamation die Bürger, auf dem Wege des Gesetzes und der Ordnung zu verharren. Er beklagt „den Unfug des gestrigen Abends, welcher die Mitwirkung der bewaffneten Macht zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung nothwendig machte“, und mahnt von jeder Theilnahme an aufregenden Versammlungen ab. Das Gouvernement und Polizeipräsidentium von Berlin erlassen ebenfalls eine Verordnung gegen Volksversammlungen, und bringen die gesetzlichen Strafen dagegen in Erinnerung.

— Berlin, 14. März. Gestern Abend war wieder eine Versammlung unter den Zelten, einem Vergnügungsorte im Thiergarten, angefaßt. Während indes die beiden früheren, eben daselbst abgehaltenen Versammlungen sich zum großen Theil auf Studenten und Literaten beschränkten, nahm die gestrige Versammlung einen etwas andern Charakter an, indem durch verschiedenartige Einladungen viele Arbeiter entboten und erschienen waren. Nach einigen Angaben mag die in und bei den Zelten versammelte Menschenmenge leicht einige Tausend betragen haben. Es war daher natürlich, daß die Behörden, im allgemeinen Interesse, Vorsichtsmaßregeln getroffen und die Hauptstraßen und Plätze mit Truppen besetzt hatten. In Folge dessen ist die Sache nicht so ruhig abgelaufen, als es erwartet wurde. Eine Anzahl von Personen sind, wie man vernimmt, beschädigt worden; von Verhaftungen verlautet noch nichts.

— Nach neuern Nachrichten aus Berlin haben am 14. und 15. abermals ernstere Unruhen stattgefunden, welche hauptsächlich durch das Einschreiten des Militärs hervorgerufen wurde; es kam zum Einhauen von Seiten der Cavallerie vor den Portalen des Schlosses, und in andern Gegenden der Stadt hörte man Gewehrsalven. Der König von Preußen ist von Potsdam zurückgekehrt und der Prinz von Preußen in Folge der Unruhen nicht abgereist.

— In Göttingen fielen am 12. März Abends bedenkliche Austritte vor, veranlaßt durch den Polizeidirektor Senator Heinge, welcher auf Studenten durch Gendarmen einhauen ließ. Bürger und Studenten drangen auf Entfernung Heinge's und des von Nordheim herbeigezogenen Militärs, die zuletzt auch gewährt wurde.

— In Hannover bereiten die Bürgervorsteher eine kräftige Bittschrift an den König vor; von Osnabrück ist eine solche, aus Struve's Feder bereits abgegangen.

— Oldenburg, 14. März. Durch ein heute erschienenenes

Gesetz wird die Censur aufgehoben und Pressfreiheit wiederhergestellt. Die übrigen Bestimmungen sind fast wörtlich dem neuen Frankfurter Gesetz nachgebildet.

— Wien, 13. März. Man wußte schon seit einigen Tagen, daß die Studenten auf heute bei Eröffnung der niederösterreichischen Landstände eine Demonstration verabredet hatten, gestern waren noch vorbereitende Versammlungen. — Heute Morgen 9 Uhr bewegte sich wirklich ein Zug von 1500 bis 200 Mann gegen das Ständehaus; man stellte im allgemeinen dieselben Begehren wie in andern deutschen Staaten, vor allem um Entfernung des Fürsten Metternich. — Die Stände gaben gute Worte und Versprechungen, aber man wollte sogleich Erfüllung, stürmte den Saal, den nun Studenten und Volk besetzt hielt, während die Stände sich zum Kaiser begaben, um das an sie gestellte Begehren vorzutragen. Sie sind in diesem Augenblick, Abends 4 Uhr, noch nicht zurück. — Das Volk, das schon Anfangs den Zug in großen Massen begleitet hatte, ist nun zu einem ansehnlichen Haufen verschmolzen, während andererseits große Militärkräfte entfaltet wurden, und Erzherzog Albrecht, Kommandant von Wien, persönlich die Straßen durchritt, inzwischen vom Volk oft angerebet, Gewährung ihrer Wünsche versprach. Vor einer Stunde war das Ständehaus noch militärisch umgeben. Die Wache blieb, man hat soeben drei Salven gegeben, es sind Tote und Verwundete geblieben. Die Massen kurzten verworren über den Kohlmarkt mit dem Rufe: „nach dem Zeughaus“; wenn nicht alles trügt, so ertönen selbst von daher Kanonenschüsse, ob scharf oder blind weiß man nicht. Die Läden sind geschlossen, die Stadt gesperrt. Das Schlimmste ist zu befürchten, wenn der Karm in die mit Arbeitern überfüllten Vorstädte übergeht. (S. W.)

— Wien, 13. März. (N. Cur.) Es können 30 — 40,000 Menschen auf den Füßen sein, die sich von dem Graben über den Kohlmarkt nach der Herrergasse (wo bekanntlich die schönsten Wiener Paläste stehen) drängen. Die Studenten werden von den Leuten herumgetragen, und so eben kommt die Nachricht, daß die Studenten im Verein mit sämtlichen Landständen in die Burg eindringen, obgleich solche ganz mit Truppen besetzt und alle scharf geladen hatten. Man will Alles stürzen, was bisher dem Fortschritt hemmend entgegentrat, aber dem kaiserlichen Hofe ewige Treue geloben. So eben verbreitet sich das Gerücht, daß der Kaiser ein Handbillet erlassen, worin er Alles zu geben verspricht auch eine Constitution, wenn das Volk es verlangt. Dem Fürsten Metternich sollen die Fenster eingeworfen worden sein. Nachschrift. So eben teilt Erzherzog Albrecht durch die Stadt, und ihm werden donnernde Vivats gebracht. Alle Arbeiter in den 35 Vorstädten haben heute, als dem blauen Montage, frei. Die Studenten wollten im Stephansthurm läuten, wurden aber glücklicherweise davon abgehalten. Einer derselben sah auf der obersten Verzierung eines Ziehbrunnens und predigte. Man reichte ihm öfters Wassers dar! Dies geschah vor den Augen des Fürsten Metternich. Alles ist in unbeschreiblicher Gährung. Erzherzog Albert kommandirt Feuer, und wir haben bereits drei Tode. Die Post geht ab.

— Oesterreich. Wir erhalten heute einen ganzen Strom Wiener Briefe vom 13. und 14. März. Die Briefe vom 13. Abends waren also dort zurückgehalten worden. Das weit-historische Resultat ist: die Abdankung des Fürsten Metternich, der Sturz seines ganzen Systems, Pressfreiheit, Volksbewaffnung, die Einleitung von Reformen, wie sie dem ganzen übrigen Deutschland, mit Ausnahme Preußens, Sachsens und Hannovers jetzt zugesichert sind, und nun auch von diesen nicht mehr verweigert werden können.

— Amsterdam, 15. März. Das „Handelsblad“ enthält nachstehende telegraphische Depeschen: I. „Haag, 15. März, 2 Uhr 15 Min. Einige Minister sollen ihre Entlassung gegeben haben; u. a. der Minister Baud.“ — II. „Haag, 15. März, 2 Uhr 32 Min. Alle Minister sind abgetreten.“ — III. „Haag, 15. März, 3 1/2 Uhr. Hr. Luzac ist so eben zu Sr. Maj. beschieden worden.“ — Das „Handelsblad“ sagt: „Ehre dem Fürsten, der die Wünsche der Nation beachtet, und dadurch das Band zwischen dem Haus Spanien und Niederland unzerbrechlich befestigt hat. Eintracht schafft Macht.“

— Paris, 13. März. Der Minister des Innern, Hr. Ledru Rollin, hat ein zweites Rundschreiben an die Kommissäre in den Departements erlassen, worin er sie über ihre Befugnisse (die

unbeschränkt seien), über ihr Verhältniß zu den Truppenkommandanten, zu den Gerichtsbeamten und zur Nationalgarde, so wie über ihre Pflichten in Betreff der Wahlen in die Nationalversammlung belehrt. — Die provisorische Regierung ist fortwährend ungeheuer in Anspruch genommen. Vor Allem durch Deputationen aller Art und aller Nationen: auch 2000 Schweizer, geführt von Moriz Barmann, waren bei Lamartine, um ihm die eidgenössische Fahne zu übergeben. Die blau-roth-weiße mitzuführen, welche der deutsche Klub der deutschen beige stellt hatte, fanden sie mit Recht nicht für passend. — Die neuesten Maßregeln der provisorischen Regierung sind: Abschaffung der körperlichen Züchtigung bei der Marine, an deren Stelle Einsperrung treten soll; Auflösung des Generalraths des Seinedepartements, Verminderung der Zahl der Mitglieder des Staatsraths von 30 auf 25. — Der Handels- und Ackerbauminister, Hr. Bethmont; hat den Präfekten befohlen, alle nicht oder schlecht bebauten Ländereien vermessen und die Eigenthumsverhältnisse derselben aufnehmen zu lassen. Man beabsichtigt ihren Ankauf durch den Staat zu Beschäftigung arbeitsloser Hände (Kolonisation im Innern). — Nach einer am 1. Januar gemachten Aufnahme besitzt Frankreich, die in Privateigenthum befindlichen nicht eingerechnet, 2,710,165 Feuerwaffen. — In Euseuf, bekannt durch seine vielen Tuchfabriken, fand der Ruf um „Organisation der Arbeit“, d. h. in der Art, wie er dort auftrat: möglichst wenig arbeiten und möglichst viel einnehmen, bei der thätigen Masse der Arbeiter keinen Anklang. Auf eine Demonstration zu diesem Zweck, wobei achtstündige Arbeitszeit verlangt wurde, erhob sich alsbald der Ruf: „Diese Tagelöhne werden bald funfsündige Arbeitszeit verlangen.“ Die Hauptschreier sind hier Müßiggänger, welche alle Wochentage „blau“ machen und in den Kneipen herumliegen. In Paris haben die Arbeiter verschiedener mechanischer Werkstätten ausdrücklich erklärt, sie verlangen keinen weiteren Lohn und keine Verminderung der Arbeitszeit.

— Paris, 14. März. Jedermann beschäftigt sich mit der Finanz- und der Wahlfrage. — Das an die Zeiten des Schreckens erinnernde Ausschreiben Ledru Rollins an die Kommissäre in den Departements hat allgemein ungeheuer erbitert, indem es diesen unbeschränkten Befugnisse, wie sie einst die Kommissäre besaßen, überträgt und sie anweist, bei den Wahlen gegen Jeden zu wirken, der nicht ein Republikaner von reiner Farbe sei. — Die Arbeiterversammlung hielt gestern wieder eine Sitzung, der Vorschlag Louis Blancs fand großen Anklang; daß in den vier bevölkerlichsten Stadttheilen vier Arbeiterwohnungen, je für vierhundert Familien, mit einem besondern Zimmer für jede, gebaut werden sollen, mit gemeinsamen Einkäufen (nach Liedkes Plan) und Kinderbewahranstalten, Schulen, Gärten, Bädern u. Die Schmeichelei wird dabei nur sein, bei dem Andrang um Aufnahme die beschränkte Zahl herauszuwählen; Den Vorzug sollen die Arbeiter mit den zahlreichsten Familien erhalten.

— London, 13. März. Die Times spricht sich in einem langen Artikel über die deutsche Bewegung aus. Sie erwartet wenig für Deutschlands Macht von der Berufung einer Abgeordnetenversammlung nach Frankfurt — ein Grund mehr für die Sache, denn England will kein einiges Deutschland. — Dasselbe Blatt bestätigt die Angabe, daß Ludwig Philipp und seine Familie in Dürftigkeit seien, weil ihr ganzes Vermögen in Frankreich angelegt sei.

— Neapel, 7. März. Der gestrige Tag, an welchem die aus Frankreich eingetroffenen Nachrichten auch unsere Bevölkerung in ungeheure Aufregung versetzten, ist ohne irgend eine Störung der öffentlichen Ruhe vorüber gegangen. — Wie der Morgen uns aus der Fremde die Republik gebracht, so brachte uns der Abend zur Freude und Beruhigung der großen Mehrzahl das neugebildete oder eigentlich wiedergeborene Ministerium. — Die Sizilien ist der Friede abgeschlossen. Als Einleitung hiezu erscheint die Einberufung beider Kammern des sizilianischen Parlaments gemäß der Konstitution von 1812 nach Palermo auf den 25. März (dasselbe Datum, auf welches das Parlament schon vor der provisorischen Regierung einberufen war). — Die Staatszeitung bringt eine lange Reihe königlicher Entschlüsse in Betreff Siziliens. Dr. Egegnatimical Don Ruggiero Settimo, Fürst von Jitah, der Held der letzten Revolution (er soll 80 Jahre alt sein), Generalkommandant (Inogolente generale), das sizilianische Ministerium (in Palermo residierend) aus lauter Männern des selbstigen Komitats zusammengesetzt.